

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Rden, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Kaiser Franz Joseph zum 86. Geburtstag.

Gott erhalte, Gott beschütze
Unsern Kaiser, unser Land!
Mächtig durch des Glaubens Stütze
Führ' er uns mit weiser Hand!
Laßt uns seiner Väter Krone
Schirmen wider jeden Feind!
Innig bleibt mit Habsburgs Thron
Oesterreichs Geschick vereint.

Fromm und bieder, wahr und offen
Laßt für Recht und Pflicht uns steh'n!
Laßt, wenn's gilt, mit frohem Hoffen
Mutvoll in den Kampf uns geh'n!
Eingedenk der Lorbeerkrone,
Die das Heer so oft sich wand:
Gut und Blut für unseren Kaiser!
Gut und Blut fürs Vaterland!

Was des Bürgers Fleiß geschaffen,
Schätze tren des Kriegers Kraft!
Mit des Geistes heiteren Waffen
Siege Kunst und Wissenschaft!
Segen sei dem Land beschieden,
Und sein Ruhm dem Segen gleich!
Gottes Sonne strahl' in Frieden
Auf ein glücklich Oesterreich.

Laßt uns fest zusammenhalten;
In der Eintracht liegt die Macht.
Mit vereinter Kräfte Wallen
Wird das Schwerste leicht vollbracht.
Laß uns, eins durch Bruderhande,
Gleichem Ziel entgegengeh'n!
Heil dem Kaiser! Heil dem Lande!
Oesterreich wird ewig steh'n!

Sitzung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses.

In den Tagen vom 16. und 17. August fand in Berlin im Reichstagsgebäude die zweite Kriegstagung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses statt. Die erste Tagung war am 28. und 29. April in Köln und hatte sich mit programmatifchen Fragen für die Zukunft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und mit dem Problem der Volksernährung beschäftigt. Auch die nunmehrige zweite Tagung hatte sich vorwiegend mit Kriegsaufgaben und -erfahrungen, soweit sie für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, zu befassen. Voran stand die Schaffung eines Programms für die christlich-nationale Arbeiterbewegung; dann eine Darlegung von Aufgaben der deutschen Politik im Innern und nach außen; ferner die Beratung über Maßnahmen zur Verhinderung einer Kleinwohnungsnot nach dem Kriege, und schließlich die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer.

Schon seit längerer Zeit war das Bedürfnis empfunden worden, die seit mehr als zehn Jahren vertretenen Grundsätze und die praktischen Erfahrungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu einheitlichen programmatifchen Richtlinien zusammenfassend zu verarbeiten. Diese Arbeit wird in kurzer Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Das Ergebnis der Kongreßberatung wurde niedergelegt in folgenden

Entschliessungen:

Äußere und innere Kriegsfragen.

1. Zur Wiederaufrichtung und zum Weiterbau seiner Friedensarbeit bedarf das deutsche Volk der fest gegründeten Sicherheit gegen äußere Feinde. Erste Voraussetzung hierfür ist eine starke, schwer angreifbare Stellung des Reiches auf dem europäischen Festland. Desgleichen ist die Entfaltung des deutschen Einflusses und des deutschen Wirt-

schaftslebens auf den Hochstraßen der See eine Notwendigkeit. Wir haben die Zuversicht, daß aus dem, was unsere Kämpfer im Felde errungen haben, dem Reich die notwendige Zukunftssicherung gestaltet und eine neue Freiheit der Entwicklung geschaffen wird.

2. Im inneren Leben der deutschen Zukunft ist die tatsächliche Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft eine Grundbedingung innerer Gesundung und des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens. Eine vollstümliche Gestaltung des preußischen Wahlrechts ist hierfür eine Notwendigkeit. Nur so kann auch das Interesse aufrecht erhalten werden, das breite Massen durch den Krieg am Staatsleben genommen haben.

3. Beim Neuaufbau unserer Handelspolitik nach dem Kriege, sowie bei den Maßnahmen der Uebergangswirtschaft ist neben der berechtigten Weiterführung des Schutzes der innerdeutschen Arbeit die Konjunktur der Verbraucherbewölkerung besonders zu schonen und zu pflegen.

4. In der Kriegswirtschaft bedauern wir, daß es noch nicht gelungen ist, der vorhandenen Widerstände Herr zu werden. Wir erwarten, daß die obwaltenden Schwierigkeiten mit fester Hand überwunden werden, und daß eine regelmäßige und ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gesichert und die Preisgestaltung auf eine erschwingbare Höhe aufgebaut wird. Auch ist eine bessere Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land, sowie eine Abstufung der Preise nach dem Einkommen und nach der Zahlungskraft der Verbraucher geboten.

5. Solange der Feind gegen das Reich und gegen die Kraft unserer Arbeit ankämpft, ist unerschütterliches Aushalten und Durchkämpfen unser eiserner Wille. In der Ueberzeugung, daß Einigkeit und Geschlossenheit eine der Bedingungen für raschere Beendigung des Krieges ist, stehen wir mit einhelliger Entschlossenheit zur politischen und militärischen Führung des Reiches.

Fürsorge für die heimkehrenden Krieger.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses richtet an die gesetzgebenden Körperschaften die Anforderung, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den heimkehrenden Kriegern, deren Angehörige zu dem im Gesetze betreffend die Unterstützung von Familien eingezogener Mannschaften bezeichneten Personenkreis gehören (Gesetz vom 28. 2. 1888; 4. 8. 1914. Verordnung des Bundesrats vom 21. 1. 1916) nach ihrer Entlassung aus dem Kriegsdienst im alten Berufe wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Dabei ist insbesondere den Angestellten, deren Verhältnisse besonders ungünstig liegen, der Anspruch auf Rückkehr in ihre alte Arbeitsstätte möglichst sicherzustellen.

Maßnahmen gegen die Kleinwohnungsnot nach dem Kriege.

Zahlreiche Anzeichen lassen eine große Wohnungsnot und Wohnungssteuerung für die Masse der Bevölkerung nach dem Kriege befürchten. Die Erstellung von Kleinwohnungen blieb schon in den letzten Friedensjahren in vielen Gemeinden hinter dem Bedarf zurück und kam in den Kriegsjahren fast völlig zum Stillstand. Nach dem Friedensschluß ist eine gesteigerte Nachfrage nach kleinen Wohnungen durch die erfahrungsgemäß nach jedem Kriege steigenden Bereicherungen durch die Kriegsgetranten, durch den Zuzug von dem Lande in die Industrie- und Handelsmittelpunkte und durch die zu erwartende Rückwanderung zahlreicher Auslandsdeutscher zu erwarten. Diese Nachfrage wird verschärft durch Abwanderung in Kleinwohnungen von im Kriege wirtschaftlich geschwächten Mittelstands-Existenzen und den Familien von Kriegsgefallenen aus den Mittelschichten unseres Volkes und nicht zuletzt durch die drohenden Mietersteigerungen, die ebenfalls zu Einschränkungen des Wohnungsbedarfes zwingen werden.

Dieser vorausgehende Mangel an Kleinwohnungen und ihre Verteuerung zwingt schon jetzt dazu,

alle Mittel zur Abänderung der drohenden Wohnungsnot einzusetzen.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses ruft deshalb alle zuständigen Stellen, Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde auf, umgehend Maßnahmen einzuleiten, die eine Wohnungsnot für das auf dem Schlachtfelde und in der Heimat treubewährte Volk verhindern.

Die Hauptaufgabe der Wohnungsbeschaffung ruht auf den Gemeinden. Ihre beste Aufgabe für den kommenden Frieden ist es, schon jetzt die Erstellung gesunder, pr. wertvoller und zeitgemäßer Kleinwohnungen zu betreiben. Dabei sind die bewährten Wege der Wohnungsbeschaffung auf gemeinnütziger Grundlage zu bevorzugen. (Eigenbau der Gemeinde nach Ulmer System mit Wiederkaufs- oder Erbbaurecht.) Zusammenwirken mit genossenschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Bauvereinigungen, unter Vermeidung unzweckmäßiger und verteuender Straßenbau- und Baupolizeivorchriften. Die Lösung der Kleinwohnungsfrage ist durch das Eigenheim mit Garten unter Ausschließung jedes spekulativen Mißbrauchs anzustreben. Das Eigenheim ist eine starke Bürgerschaft für ein gesundes Familienleben, die Antriebskraft für Ordnung, Sitte und Sparsamkeit. Die Lehren des Krieges weisen nachdrücklich auf die Bevorzugung des Gartenheims als die geeignetste Grundlage für ein neues deutsches Wohnungs- und Siedlungswesen hin.

Staat und Gemeinde gemeinsam haben die Aufgabe, durch weitreichende Bebauungspläne für die größeren Gemeinden und deren ländliche Umgebung der Siedlungstätigkeit zeitgemäße Wege zu weisen. In öffentlichem Besitz befindliches Land ist der so vorgezeichneten Bestimmung zugänglich zu machen, preiswertes Bauland dazu zu erwerben. Erwerb und Erschließung solcher Gelände kann auch zweckmäßig gemischtwirtschaftlichen, auf gemeinnütziger Grundlage fußenden Landgesellschaften unter Mitwirkung der an den Siedlungsaufgaben beteiligten Arbeitgeber-, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise übertragen werden. Solche Landgesellschaften haben die Pflicht, Landwerb und -abgabe nur nach sozialen, gemeinnützigen Gesichtspunkten zu betreiben und die spekulative, wohnungsverteuernde Ausnutzung des Bodens zu verhindern. Sie können allein, oder im Zusammenwirken mit den bestehenden, bewährten gemeinnützigen Bauvereinigungen die Wohnungs-erstellung und -besiedlung betreiben. Anwendung des Erbbaus- oder Wiederkaufsrechts.

Staat und Provinz haben die Aufgabe, durch energische Inangriffnahme der ländlichen Besiedelung die drohende Abwanderung nach den Städten abzuwenden und den Landarbeitern den Aufstieg zu kleindauerlichem Besitz zu ermöglichen. Gesundes Siedlungswesen fesselt ans Land.

Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinde ist es alsdann, durch Herstellung von Kleinwohnungen für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und geringbesoldeten Beamten zur Entlastung des Wohnungsmarktes beizutragen. Die Mitwirkung gemeinnütziger Bauvereinigungen erscheint wünschenswert.

Dringende Aufgabe des Reiches ist es schließlich, durch eine durchgreifende Reform des Boden- und Hypothekensystems eine dauernde Gesundung des gesamten Wohnungswesens zu sichern. Insbesondere hält der Ausschuß des Arbeiterkongresses die schnelle Durchführung der Reichstagsbeschlüsse für ein Reichswohnungs-gesetz (1912), ferner die Beschlüsse von 1916 für Bereitstellung von Mitteln und für Bürgschaften des Reiches zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen, ferner zur Schaffung von Kriegerheimstätten, Förderung der Tilgungshypothek und für Errichtung öffentlicher Schätzungsämter und Pfandbriefanstalten (Stadtschaften) geboten. Der Ausschuß erblickt in der Einführung der Sparpflicht oder der Wohnungsversicherung geeignete Maßnahmen für die Kapitalbeschaffung zur Wohnungserstellung und zum Eigenheimerwerb der minderbemittelten Bevölkerung.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses fordert seine Anhänger und Mitarbeiter im Lande auf, der Wohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit

zugewenden und schon jetzt auf die Gemeindevormaltungen einzuwirken, damit rechtzeitig der vor-ausschlägliche Bedarf an Kleinwohnungen nach dem Kriege ermittelt und durch rechtzeitige Erstellung von Wohnungen, insbesondere durch die Förderung des Eigenheims mit Garten der drohenden Wohnungsnot nach dem Kriege begegnet wird.

Die Ordnung des Verbrauchs der Web-, Wirk- und Strickwaren bei der bürgerlichen Bevölkerung.

II.

Der Einführung des Bezugscheines waren naturgemäß die eingehendsten und sorgfältigsten Erwägungen vorausgegangen. Es wäre ja für die Reichsbekleidungsstelle und vor allem für die mit der Durchführung der ganzen Maßregeln betrauten Verwaltungsbehörden wesentlich einfacher gewesen, wenn, wie von verschiedenen Seiten angeregt worden war, ein Mindestmaß der verschiedenen Kleidungsstücke für Männer, Frauen und Kinder festgestellt worden wäre, auf das jedermann Anspruch hätte und über welches hinaus nur erst gegen Bescheinigung des besonderen Bedarfs die Lieferung von Kleidungs- und Wäschestücken gestattet worden wäre. Dabei wären aber zwei wichtige Umstände nicht oder doch nicht genügend berücksichtigt worden. Einmal nämlich pflegen bekanntlich sehr zahlreiche Personen und Familien in allen Kreisen der Bevölkerung einen größeren oder geringeren Vorrat an Wäsche und Kleidern zu besitzen, die doch gerade verbraucht werden sollten, zunächst einmal ohne Inanspruchnahme der allgemeinen Bestände ihren eigenen Vorrat aufzubringen. Bei diesen würde also die Umkleidung der auf den Normalbedarf lautenden Ausweise und Bezugscheine zu einer Verschwendung geführt haben, zumal nach den sonst gemachten Erfahrungen mit Sicherheit angenommen werden mußte, daß die meisten derartiger Personen von den ihnen einmal ausgehändigten Bezugscheinen auch Gebrauch gemacht haben würden, ohne daß sie ein wirkliches Bedürfnis dazu gehabt hätten. Und sodann war die ungemessene Verschiedenheit, die durch die Gewohnheiten und durch die Beschäftigung der Bevölkerung in bezug auf ihre Kleidungen bedingt ist, zu beachten. Was für den Büro-Arbeiter auf ein Jahr völlig ausreichend erscheint, bedarf der Arbeiter im Freien und in der Schwer-Industrie vielleicht alle drei Monate. Kleidungs- und Wäschestücke, die die Fabrikarbeiterin vielleicht nach 6-8 Wochen ersetzen muß, bedarf die Frau in den wohlhabenderen Ständen, die sich höchstens mit der oberen Stellung ihres Haushaltes beschäftigt, nötigenfalls während der Dauer des Krieges überhaupt nicht. Der Landwirt hat einen viel größeren Verschleiß in seiner Kleidung als der lediglich im Kontor arbeitende Kaufmann; der Handlungsreisende wird einen wesentlich größeren Aufwand für Kleidung zu machen haben, als der im Lager beschäftigte Handlungsgehilfe; in Berlin oder Hamburg sind ferner die Anschauungen über die notwendigen Kleidungsstücke zweifellos wesentlich andere als in einem abgelegenen Schwarzwalddorf usw. Deshalb konnte man eben nicht auf einen gleichmäßigen normalen Satz für die verschiedenen Bevölkerungsklassen und in den verschiedenen Teilen des Reiches kommen, sondern mußte das grundsätzliche Erfordernis aufstellen, daß in jedem Falle das Bedürfnis zur Beschaffung von Kleidung und Wäschestücken darzulegen werden mußte. Dabei soll jedoch nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 3. Juli 1916 (Reichsanzeiger Nr. 157 vom 6. Juli 1916) nicht etwa ein formeller Beweis für das Bedürfnis verlangt werden, sondern nur eine Glaubhaftmachung des behaupteten Bedarfs erfolgen. Ueberdies aber sind in dieser Bekanntmachung noch eine ganze Anzahl besonderer Umstände hervorgehoben worden, die die Annahme eines gewissen Bedarfs ohne weiteres als begründet erscheinen lassen sollen, und ferner ist für die Kleidung und Wäsche von Kindern, bei denen naturgemäß die Abnutzung verhältnismäßig groß ist, ausdrücklich bestimmt worden, daß die Notwendigkeit der Anschaffung ohne weiteres als begründet angesehen werden kann, wenn die Anträge auf Ausfertigung von Bezugscheinen sich in möglichen Grenzen halten und die Annahme begründet erscheint, daß kein übermäßiger Luxus in der Bekleidung der Kinder betrieben wird.

Gewiß ist den Verwaltungsbehörden mit der Ein- und Durchführung dieser Vorschriften wieder ein schweres Stück Arbeit zu dem Zweck aufzuerlegt worden, um unserem Volk auch in bezug auf die Kleidung das Durchhalten bei einer noch so langen Dauer des Krieges zu ermöglichen, und es wird gewiß ganz besonders in den großen Städten der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um zur rechten Zeit die notwendige Einrichtung für die Ausgabe der Bezugscheine zu treffen. Auch wird es namentlich im Anfang gelten, die betreffenden Organe und mit Ausfertigung der Bezugscheine beauftragten Persönlichkeiten einzuführen und ihre Arbeiten und Entschlüsse mit einer gewissen Nachsicht zu beurteilen. Es steht aber mit Sicherheit zu erwarten, daß sehr bald auf Grund der gegebenen Anweisungen sich eine gewisse feststehende Praxis bilden wird, die später vielleicht dazu führt, ein-

heitlichere Regeln für die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen oder auch die Ausnahmen von der Kontrolle noch weiter zu beschränken oder auszuweihen.

Zu einer Entschliessung über solche Beschränkungen oder Erweiterungen der Ausnahmen und namentlich der Freiliste aber wird man nicht eher gelangen können, bis nicht die Ergebnisse der am 1. August stattfindenden allgemeinen Bestandsaufnahme der Web-, Wirk- und Strickwaren vorliegen, und sich übersehen läßt, wieviel aus den sonstigen der Reichsbekleidungsstelle zur Verfügung stehenden Quellen für die bürgerliche Bevölkerung des Reiches bereitgestellt werden kann. Diese Bereitstellung hat im übrigen bereits begonnen, und zwar in der Weise, daß erhebliche Mengen von Webwaren dem Großhandel und den Fabrikanten von Webwaren angeboten worden sind. Hierzu hat die Reichsbekleidungsstelle nach Gehör des vom Aufsichtsrat der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle eingesetzten Arbeitsausschusses die Waren in größeren Losen an Fabrikanten- und Großhändlerverbände abgegeben mit der Auflage, sie zu ganz bestimmten vorgeschriebenen Preisen in den Handel zu bringen, so zwar, daß auch für den Kleinhandel nur ein beschränkter Verdienst zugelassen worden ist.

Dieser Weg über den Handel ist ferner auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der Landes-, der öffentlichen Heil-, Pflege- und Gefangenen-Anstalten und für die Versorgung der bürgerlichen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst mit Uniformkleidung eingeschlagen worden, indem auch hier nicht eine unmittelbare Lieferung von Waren aus den Beständen der Reichsbekleidungsstelle, sondern nur die Ausstellung des Bezugscheines in der Reichsbekleidungsstelle erfolgt und dem Handels- und Gewerbebetrieb die Stoffe auf demselben Wege, auf welchem er sie bisher bezogen hat, zugänglich gemacht werden. Dabei werden selbstverständlich gleichfalls bestimmte Preise durch die Reichsbekleidungsstelle festgesetzt werden. Man hofft eben auf diese Weise, obwohl die Erzeugung von Web- und Wirkwaren in Fabriken beim Mangel an Rohmaterialien naturgemäß allmählich aufhört, doch das Erwerbsleben in diesem wichtigen Zweige unserer Volkswirtschaft nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und weitere Arbeitslosigkeit, namentlich auch im Handelsgewerbe, abhalten zu können. Sicher ist aber schon jetzt, daß durch die getroffenen Maßnahmen eine Not der minderbemittelten Bevölkerung selbst bei noch so langer Dauer des Krieges unbedingt verhindert werden wird.

Deutsche Waren für Amerika.

I.

Gute Aussichten nach dem Kriege.

In Bittau befanden sich kürzlich trotz des Krieges zwei amerikanische Einkäufer die als erste während der Kriegszeit für eine der bedeutendsten Firmen Amerikas Waren in großem Stile einkaufen. Es sind dies Herr S. Hamburger, der Leiter des Berliner Einkaufshauses der amerikanischen Firma Strawbridge and Clothier in Philadelphia, und ein Einkäufer dieses Hauses Mr. Thomas Power, ein Irish-Amerikaner, der bereits seit etwa zwanzig Jahren zweimal im Jahre nach Deutschland, speziell nach Bittau, kommt. Die Herren, die im Hotel Reichshof wohnen, haben einem Mitgliede unserer Redaktion in einer längeren Unterhaltung ein anschauliches und eindrucksvolles Bild entworfen von der Meinung, die in Amerika über Deutschland herrscht. Vor allem entwickelten sie ihre ungemein überzeugenden Meinungen über die guten Aussichten, die für deutsche Waren in Amerika nach dem Kriege bestehen. Wir geben in folgendem das Wichtigste aus der Unterredung wieder und sind überzeugt, daß es in weitesten Kreisen dem größten Interesse begegnen wird. Herr Hamburger reiste im Dezember vorigen Jahres nach Amerika.

Die Reise

führte ihn über Holland nach Dover, wo es, wie im ganzen Kanal, außer Kriegeszeit ausfiel. Anberthalt-Lage lag das Schiff dort inmitten zahlreicher englischer Kriegsschiffe. Dann ging es nach Falmouth an der Kanalküste, wo das Schiff wieder drei Tage festgehalten wurde und die Reisenden, wie mehrfach auf der Fahrt, von den Engländern einer sehr gründlichen und peinlichen Untersuchung und Prüfung unterzogen wurden. In Amerika hielt sich Herr Hamburger sechs Monate lang auf. In dieser Zeit hatte er im Verkehr mit allerersten Persönlichkeiten der Geschäftswelt Gelegenheit, die Verhältnisse gründlich zu beobachten, sich über die Stimmung über Deutschland eingehend zu unterrichten und die Aussichten über den künftigen Handelsverkehr zwischen Deutschland und Amerika zu studieren.

In Amerika schloß sich Mr. Power Herrn Hamburger an. Augenblicklich ist es sehr schwer und es bedarf ganz besonderer Begründung, einwandfreier Gründe und guter Beziehungen, um einen Paß nach Europa zu erhalten. Sehr streng wird die Revision durchgeführt. Die Rückfahrt erfolgte auf einem holländischen Schiffe. Wieder wurde Falmouth angelauten, wo diesmal jedoch im Gegensatz zu früher wenig von englischen Kriegsschiffen zu bemerken war. Selbst englische Handelsschiffe waren nicht häufig, dagegen waren dänische, schwedische und holländische Schiffe in großer Anzahl zu finden. Die Reise ging an der irischen und schottischen Küste entlang nach Kirkwall. Dort war der Hafen durch

eiserne Ketten abgeperrt, die erst zur Durchfahrt der Schiffe geöffnet werden mußten. Wieder mußte ein längerer Aufenthalt genommen werden. In Kirkwall schloß sich dem Schiffe ein holländisches Begleitschiff an. Die Fahrt ging dann erst weiter ostwärts bis in die Gegend der norwegischen Küste und schließlich wieder südwestwärts quer über die Nordsee nach Rotterdam. Insgesamt hatte so die umständliche Reise 17 Tage gedauert. Die holländische Gesellschaft hatte für die Passagiere des Schiffes, das übrigens voll besetzt war, umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen. So waren zahlreiche Rettungsgürtel verteilt, die Boote bereit usw. Mehrfach wurde das Schiff unterwegs von englischen Kreuzern angehalten. Die Passagiere mußten sich immer wieder ausweisen, und wer nicht ganz unbedächtig war, dem konnte es kaum gelingen, durchzuschlüpfen. So wurde in Falmouth ein amerikanischer Passagier von Bord geholt, der kurz vorher in New-York als Leiter einer großen deutschen Wohltätigkeitsveranstaltung, die zwei Millionen Markl Ertrag brachte, an die Öffentlichkeit getreten war. In Kirkwall wurde ein Holländer angehalten, der für 40000 Dollar Gold bei sich hatte, das die Engländer ihm gegen Papier umwechseln wollten. Als er nicht einwilligte, wurde er mit samt seinem Goldschatz zurückgehalten. Auch sonst zeigten sich die Engländer allenthalben außerordentlich eigenmächtig und skrupellos bei den Durchsuchungen und bei der Durchführung der Ueberwachung usw. Unangenehm fiel, so betonten die Herren, demgegenüber das korrekte, bei aller Strenge der Durchführung doch immer zuvorkommende und freundliche Verhalten der deutschen Grenzbeamten an der holländischen Grenze auf. Auch über das Entgegenkommen der Deutschen an den maßgebenden Stellen in Berlin z. B. konnten die Herren nur Gutes sagen. So wurde auch die drahtlos eingeholte Erlaubnis des deutschen auswärtigen Amtes für die Reise des Mr. Power anstandslos erteilt, da die erforderlichen Garantien gegeben waren.

Sehr interessant war, was Herr Hamburger über die Stimmung in Amerika

mitteilte. Sie überraschte, wie er besonders betonte, auch ihn; denn er war zunächst in dem Glauben gewesen, daß er einer stark deutschfeindlichen Stimmung begegnen würde. Nach seiner ersten Unterredung mit führenden Geschäftsleuten, Bankiers, Rechtsanwältinnen usw. kam er bald zu der erfreulichen Ueberzeugung, daß sich schon seit längerer Zeit die Meinung über Deutschland völlig geändert hat und daß anstelle des früheren teilweise abfälligen Urteils eine Bewunderung der deutschen Kraft und der deutschen Arbeit getreten ist. Ueberall wurden ihm, in Erkennung der wirklichen Lage, die Intelligenz, der Fleiß, die Gründlichkeit des deutschen Kaufmanns, seine Befähigung, die wissenschaftlichen Erfindungen praktisch in Anwendung zu bringen, die solide Herstellungsart seiner Waren rühmend hervorgehoben. In früherer Zeit hatte das amerikanische Publikum auf die deutschen Waren etwas von oben herabgesehen und sie nicht als ganz vollwertig betrachtet. In dieser Beziehung ist ein völliger Stimmungswechsel eingetreten, und man läßt sich von der deutschfeindlichen Presse nicht mehr beeinflussen.

Man ist ganz genau orientiert über die Kriegslage, besonders auch durch gute in den Zeitungen veröffentlichte Karten. Große Zeitungen heben immer wieder die bewundernswerte Leistung Deutschlands hervor. Auch die antideutschen Blätter bringen lange Artikel über deutsche Einrichtungen und über die Erfolge deutscher Organisation, und man ist allenthalben bestrebt, aus diesen deutschen Einrichtungen zu lernen und ihnen das Beste abzusehen. Ueberall spricht man von Deutschland, man sucht seine bewährten Methoden sich zu eignen zu machen, man will baldmöglichst mit Deutschland in große Geschäftsverbindungen treten, der deutsche Kaufmann ist außerordentlich geachtet. Der Amerikaner zieht vor ihm, was viel bedeutet, den Hut. Das Schlagwort "Gorman efficiency", deutsche Kraft, hat große Popularität erlangt und wird allenthalben gebraucht. Das Mehr an Preistige, das Deutschland gewonnen hat, hat England eingebüßt. Frankreich allerdings steht man freundlich gegenüber, Rußland indessen wird kaum genannt. (Schluß folgt.)

Mehr Verständnis auf dem Lande für die Lage und die Opfer der Arbeiterschaft.

Man schreibt uns: „Wenn auch die Opfer der Dahingeblichenen in keinem Verhältnis zu denen der wackeren Kämpfer an den Fronten stehen, so gibt es daheim doch keine Schicht unseres Volkes, welche von den Opfern und Schwerenissen des Krieges verschont bliebe. Die Opfer an Gut und Blut, an seelischen Nöten und Bedrängnissen tragen alle Kreise gemeinsam. Anders ist es jedoch mit den wirtschaftlichen Opfern und Sorgen. Diese trägt ohne Zweifel hauptsächlich die Arbeiterschaft, insbesondere die in den Städten. Für diese Tatsachen besteht in weiten Kreisen anderer Volksschichten, insbesondere in den Kreisen der Landwirtschaft, leider nicht das genügende Verständnis.“

Der nicht hinwegzuleugnende Gegensatz zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Produzenten und Konsumenten hat nicht allein darin seine Ursache, daß die im Besitz der landwirtschaftlichen Produktionsmittel sich befindenden Kreise ihre Erzeugnisse durchweg der Gesamtheit nur zu hohen Preisen zur Verfügung stellen wollen, sondern ist auch in dem mangelnden Verständnis für die Lage und die Opfer der Arbeiterschaft zu suchen. Manches

Widerstreben gegen behördliche Anordnungen würde geringer sein, wenn man auf dem Lande mehr über die Verhältnisse, insbesondere der großstädtischen Arbeiterschaft, aufgefäkt wäre. Mag man auch auf dem Lande diesen Mangel an Verständnis bestreiten: persönliche Erfahrungen und zahlreiche Äußerungen aus landwirtschaftlichen Kreisen sind gar nicht anders als aus mangelnder Kenntnis der Lage der Arbeiterbevölkerung heraus verständlich. Es sei hier auf einige, nicht unwichtige Fragen, näher eingegangen.

Von landwirtschaftlicher Seite wird oft hervorgehoben, daß die schwere Arbeit, welche die Landbevölkerung zu verrichten habe, kräftigere und reichlichere Kost erfordere, als die Arbeit des Industriearbeiters. Letzteres trifft nur zu einem geringen Teil zu. Die Arbeit der Gruben- und Hüttenarbeiter ist zum mindesten schwerer wie die Landarbeit. Und gegenüber der so vielfach betonten tatkräftigen Arbeit der Landfrauen, welche hier durchaus nicht verkleinert werden soll, sei auch daran erinnert, daß tausende weibliche Arbeitskräfte jetzt im Kriege in der Industrie (Munitionsindustrie, Eisenbahnverkehr, etc.) mit schwerer Arbeit beschäftigt sind. — In landwirtschaftlichen Kreisen hat man wirtschaftliche Not während des Krieges nicht gekannt, und weil man zu wenig unterrichtet ist, kann man sich auch kaum eine Vorstellung davon machen, was die städtische Bevölkerung alles tragen muß. Wie wäre es sonst möglich, daß ein Vertreter der Landwirtschaft in einem Artikel: „die Fleischsammlung auf dem Lande“ Anfang Juli d. J. u. a. schreiben konnte: „Mein, auf dem Bauernhof weit draußen zwischen den Wallhecken, da müssen Vorräte sein, große Vorräte, Fleischvorräte für das ganze Jahr, wenigstens bis zur nächsten Schlachtzeit, soll bittere Not nicht dort ihren Einzug halten.“ Wenn nach diesen Ausführungen schon bittere Not ihren Einzug auf dem Bauernhof hält, wenn nicht große Vorräte, Fleischvorräte für ein ganzes Jahr, wenigstens bis zur nächsten Schlachtzeit, dort vorhanden sind, was sollen dann die Arbeiter sagen, welche vielfach wochenlang nicht nur allein auf Fleisch, sondern auch auf sonstige wichtige Nahrungsmittel verzichten müssen. Wenn die Arbeiter nur die auf dem Bauernhofe hinreichend vorhandene Milch, Butter, Eier etc. hätten, dann würden sie gern auf das Fleisch gänzlich verzichten.

Mit der mangelnden Kenntnis der Lage der Arbeiter, geht auf dem Lande vielfach ein übertriebenes Hervorheben der Bedeutung der Landwirtschaft, oder besser gesagt, ein Zugeringschätzen der industriellen Arbeit. Arbeiter, welche aus den Städten mit landwirtschaftlicher Umgebung, beim Einlauf von landwirtschaftlichen Produkten oder durch sonstigen Verkehr, jetzt während der Kriegszeit in Verührung mit Landwirten kamen, wissen davon ein Liedchen zu singen. Die Bedeutung der Landwirtschaft, besonders jetzt während des Krieges, wird gewiß von keinem Arbeiter geleugnet; jedoch was letztere etwas bitter empfinden, ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen anscheinend vielfach kein Verständnis dafür hat, daß die Bedeutung der Industrie gleich groß ist. Ober würden wir ohne die Tätigkeit unserer Hütten- und Bergleute, Munitionsarbeiter, Eisenbahner, u. den Krieg nicht längst verloren haben? — Wenn von landwirtschaftlicher Seite oft darauf hingewiesen wird, daß die Landwirtschaft bisher im Kriege voll und ganz ihre Schuldigkeit getan habe, so soll das, soweit Arbeitsleistung und Produktion in Betracht kommen, gewiß nicht bestritten werden. Ihre Schuldigkeit in dieser schweren Zeit zu tun, hat die Arbeiterschaft als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt; die Erfüllung derselben war nur mit ungleich schwereren Opfern verbunden und brachte ihr nicht den materiellen Gewinn wie der Landwirtschaft.

Noch ein Gesichtspunkt sei hier besonders hervorgehoben: der Krieg ist ein großer Lehrmeister und Erzieher. Vielfach scheint auf dem Lande die Ansicht vertreten zu sein, daß die Erziehung und das Unterrichten nur den Städten not tat. Schreiber dieser Zeilen, der selbst vom Lande stammt, hatte oft Gelegenheit, zu hören, wenn städtische Arbeiter Landwirten gegenüber über die Höhe der Preise und Schwere der Opfer klagten, daß ihnen erwidert wurde: „Ihr habt in der Stadt früher nicht gepart, habt das Brot nicht geachtet; die Butterbrote konnte man oft auf den Schulplätzen und Fabrikhöfen finden, usw.“ Sind das nicht starke Uebertreibungen? Nichts wäre falscher, als den äußeren Schein, den äußeren Glanz und das Getriebe der Stadt, auf Lebensweise und Lebensverhältnisse der Arbeiter übertragen zu wollen. Der Schein trägt! Die über-große Mehrzahl der Arbeiter, die unbedürftig und inmitten der Reize und Lockungen der Stadt ihren harten, brennenden Weg gehen, sehen zum mindesten ebenso hoch, wie die Landbevölkerung, denen die Stadtgefahren und Stadtreize keine Gelegenheit zum Mittum und Nachahmen geben!

So manche Kriegserfahrung, welche man jetzt macht, bestätigt immer wieder, daß man auf dem Lande für die Opfer und Verhältnisse, insbesondere der städtischen Arbeiterschaft, wenig Verständnis hat. Es soll nicht geleugnet werden, daß auch in der Stadt manche falsche Urteile über Land und Landwirtschaft zu finden sind, jedoch liegen umgekehrt die Verhältnisse schlimmer. Ein großer Prozentsatz der städtischen Arbeiter stammt vom Lande und hat sich immerhin noch Verständnis für ländliche Verhältnisse bewahrt. — Wir sind auf dem besten Wege zu einer vollständigen Entfremdung zwischen Stadt und Land, zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und städtischen Konsumenten. Im Interesse der Volksgesamtheit ist das sehr zu beauern und stellt, wenn die Erscheinung dauernde Gestalt annehmen sollte, das Gegenteil von dem dar, was diese große Zeit hervorbringen sollte. Wäre mehr Verständnis auf dem Lande vorhanden für die tatsächlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiterschaft, dann stände es um die allgemeine Volkssolidarität besser. Dieses Verständnis zu verbreiten, sollte Aufgabe aller im öffentlichen Leben

wirkenden, mit den Dingen und Verhältnissen in Verbindung kommenden Personen und Organe sein.

Es ist hier ein Punkt berührt worden, welcher schon in der Denkschrift des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses „die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahr“ hervorgehoben wird. Es heißt in der Denkschrift unter Punkt 6: „Aufklärungstätigkeit: In allen Kreisen der Bevölkerung, nicht bloß in der Stadt, sondern vor allem auch auf dem Lande, ist durch Schrift und Wort und auch durch behördliche Einwirkung das Verständnis dafür zu schaffen, daß ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller und in erster Linie eine gewissenhafte Durchführung der Versorgungsregelung nicht um irgend einer Bevölkerungsschicht willen erwünscht, sondern zur Versorgung des Heeres wie der für das Heer arbeitenden Erwerbschichten und der in der Heimat verbliebenen Familien der Soldaten notwendig ist und daß somit die von allen zu bringenden Opfer nur der siegreichen Beendigung des Krieges gelten.“ B. O.

Allgemeine Rundschau.

Gewerkschaften und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Am 23. August waren in Köln Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen (Christliche Gewerkschaften, freie Gewerkschaften, S.-D. Gewerkschaften und Polnische Berufsvereinigungen) versammelt. Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde folgende

Entschließung

angenommen:

„Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die Kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in allererster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anläßlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (23. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ferner wurde nach längerer Aussprache folgende

Erklärung gegen die Gelben

beschlossen:

„Angeichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten Gelben Organisationen (Wertvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.) die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) und der

Polnischen Berufsvereinigungen sowie des Deutschen Wertmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Rundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Konferenz bei der Regierung in Frankfurt a. O.

Auf Ersuchen der drei Textilarbeiterverbände hielt mit deren Vertreter der Herr Regierungspräsident in Frankfurt a. O. am vergangenen Mittwoch eine Besprechung ab, an der auch mehrere Arbeitnehmersbeisitzer aus örtlichen Unterstützungsausschüssen verschiedener Lausitzer Städte teilnahmen. Den Arbeitnehmern wurde dadurch Gelegenheit gegeben, die Wünsche der Webstoffarbeiterchaft, die auf einen Ausbau der Webstoffarbeiterfürsorge hinauslaufen, ausführlich darzulegen. Im wesentlichen wird von dieser Seite die Bildung einer, den Ortsausschüssen übergeordneten und durch einen Regierungsbeamten geleiteten Bezirksstelle für die Webstoffarbeiterfürsorge angestrebt, in welche Abgeordnete der Unternehmer, der Arbeiter und der Gemeinden berufen werden sollen. Ferner wurde die Anpassung der Unterstützungssätze an die seit Einführung der Fürsorge eingetretene Verteuerung des Lebensunterhalts als äußerst dringlich bezeichnet und auf die demnächst sicher zu erwartende Steigerung der Zahl völlig erwerbsloser Webstoffarbeiter hingewiesen. Nach Erörterung der von den Arbeitervertretern vorgetragenen Wünsche sicherte der Herr Regierungspräsident zu, der Angelegenheit weiter nachzugehen zu wollen.

Zur Textilarbeiterfürsorge.

Der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes bringt es in einem Rundschreiben an die sozialdemokratische Tagespresse fertig, den Verdacht auszusprechen, unser Verband habe die von Wolff's Telegraphenbüro verbreitete halbamtliche Erklärung (S. Nr. 33 der S. N. B.) selbst verfaßt bzw. verfaßt. Diese Verdächtigung ist absurd! Eine Erkundigung bei der zuständigen, dem deutschen Textilarbeiterverbande wohlbekannten Regierungsstelle würde den Vorstand „vielleicht“ veranlaßt haben, bei der Wahrheit zu bleiben.

„Vielleicht“, so heißt es auch in dem Rundschreiben des Vorstandes, hat „die Antwort des Staatssekretärs dem christlichen Verbands genügt“ — und deshalb hätten wir uns an der „Reichskonferenz“ in Bamberg nicht beteiligt. Ach! Wir haben dem deutschen Textilarbeiterverbande die Gründe für unser Fernbleiben von Bamberg ehrlich und aufrichtig mitgeteilt — zu einer Zeit, als unsere Eingabe an den Bundesrat noch nicht abgefaßt, geschweige denn eine Antwort eingetroffen war. (Nebenbei bemerkt, ist dem Gauleiter Feinhals in Augsburg am gleichen Tage die gleiche Antwort zugegangen.) Unsere Mitglieder ersehen aus dem Verhalten des Vorstandes des deutschen Textilarbeiterverbandes wieder einmal, daß man gewissen Leuten gegenüber vorsichtig sein muß.

Ein Aufruf an die Ruhrbergleute.

Die vier Bergarbeiterorganisationen warnen in einem Aufruf eindringlich vor unbefonnenen Maßnahmen abseits der herrschenden Feuerung und der dadurch geschürten Unzufriedenheit. Der Aufruf lautet:

An die Bergleute des Ruhrgebiets!

Seit einiger Zeit wird von Elementen, die unseren Organisationen fernstehen, vielfach versucht, auch zu Unbefonnenheiten aufzureizen. Vorhandene Mißstände und die durch den Krieg herbeigeführten Erschwernungen der Lebenshaltung werden dazu benutzt, um euch zum Streik zu verleiten.

Kameraden, laßt euch nicht verführen! Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik würde dem deutschen Volke das Durchhalten in dem ihm aufgedrungenen Kriege, bei dem alles auf dem Spiele steht, erschweren, den Feinden unseres Vaterlandes nützen und sie zur Weiterführung des mörderischen Streites aufstacheln und natürlich auch unseren Stand schädigen. Das darf nicht sein. Folgt deshalb nicht Unorganisierten! Lebt keinen Verrat an den Interessen des Vaterlandes und unseres Standes! Folgt den Organisationen! Sie vertreten eure Interessen und kennen ihre Verantwortung und tun ihr Möglichstes. Wendet euch bei Beschwerden an sie! Wartet ihre Schritte, Anweisungen und Erfolge ab. Vergesst auch nicht, daß die großen Massen der Unorganisierten den Hemmschuß auf dem Wege des Fortschritts bilden! Sie sind schuld, daß bisher nicht mehr erreicht wurde. Sorgt deshalb, daß auch sie sich der Organisation anschließen und ihre Kräfte nicht mehr gegen uns anwenden, sondern daß sie mit uns wirken!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands

J. A.: Sachse.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter

Deutschlands

J. A.: Vogelsang.

Polnische Berufsvereinigungen der Bergarbeiter

J. A.: Mankowity.

Gewerkverein der Bergarbeiter (S. D.)

J. A.: Franz Schmidt (Oberhausen).

Entlohnung der Kriegsbeschädigten.

Das Königl. Preuß. Staatsministerium bringt in sämtlichen Betrieben des preussischen Staates den Grundsatz zur Anwendung, die Militär-Rentenempfänger lediglich nach ihrer Arbeitsleistung ohne Berücksichtigung des Rentenbezuges zu entlohnen. Das gleiche Verfahren wird

jetzt in allen Reichsbetrieben eingeschlagen; der Reichs-

Es ist im Interesse der Kriegsbeschädigten notwendig,

Doppeltes Stillgeld bei Zwillingen.

Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt,

Bei Wiedergabe dieser Nachricht spottet die „Zeitg.“

Ueber das bisherige Ergebnis des Krieges

werden in der Tagespresse folgende amtliche Zahlen be-

1. Die Mittelmächte haben bis jetzt auf europäischem

2. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug gegen

3. In Deutschland ist folgende Kriegsheute bisher

festgestellt worden: 11035 Geschütze mit 4748038

Aus unserer Industrie.

Die Kunstseidenindustrie im Kriege.

Die Kunstseidenindustrie, welche vor dem Kriege nahezu

Neue mitteleuropäische Seidenmärkte.

Zwischen den österreichischen und deutschen Seiden-

Kolossale Preissteigerungen für Webwaren in Rußland.

Welche enorme Teuerung Webwaren in Rußland er-

Kriegswirkungen im Textilgewerbe.

Die rheinisch-westfälische Textil-Berufsgenossenschaft

Table with 4 columns: Sektion, 1913, 1914, 1915. Rows include Düsseldorf, M.-Gladbach, Elberfeld, Barmen, Lempe, Aachen, Münster.

Für die ganze Berufsgenossenschaft ergibt sich, daß die

Table with 4 columns: Sektion, 1913, 1915, Abn. in Proz. Rows include Düsseldorf, M.-Gladbach, Elberfeld, Barmen, Lempe, Aachen, Münster.

Auf einen versicherten Arbeiter kam im Durchschnitt

915,90 Mark, zu heben. Die Zusammensetzung der Ar-

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Rheine i. W. Echten Gewerkschaftsgeist haben auch die

Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde

Johann Spegele aus Augsburg.

Gerhard Görgemanns aus M.-Gladbach-Vertrath.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Anton Heutmann aus Düsseldorf (Zentrale). Nicolaus Schussmann aus Augsb.-Lechhausen. Peter Gaden aus M.-Gladbach. Heinrich Keuter aus M.-Gladbach. Josef Dörner aus Blombacherbach (Unteroffizier, Ritter des Eisernen Kreuzes). Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten. Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Versammlungskalender.

Sinsbed. 3. September, 11 Uhr, im Lokale der Wm. Gahnen.

Inhaltsverzeichnis.

Kaiser Franz Joseph zum 86. Geburtstag. - Mittelt-

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. G. M. Schiffer,